

## GASTKOMMENTAR

# Eine Lösung für Syrien

Volker Perthes befürwortet die Friedensinitiative der Uno - und nennt unvermeidliche Probleme.

**S**elten seit Beginn des Bürgerkriegs in Syrien haben so viele internationale Akteure gleichzeitig angekündigt, dort etwas zu tun. Tatsächlich eröffnet das Atomabkommen mit Iran neue diplomatische Freiräume. Vor allem nimmt der Druck zu, eine Lösung für Syrien zu finden. Die Vorstöße des sogenannten Islamischen Staates (IS) wie auch der Flüchtlingsstrom aus Syrien demonstrieren, was die zynische Option, den Konflikt dort einfach "ausbluten" zu lassen, wirklich bedeutet.

Die USA, Russland und andere setzen vornehmlich auf den militärischen Kampf gegen den IS. Er ist notwendig, reicht aber nicht aus: Ohne ein Ende der Kämpfe zwischen dem Regime von Baschar al-Assad und der bewaffneten syrischen Opposition wird der IS, dessen Kriegsziele weit über Syrien hinausgehen, sich weder zurückdrängen noch besiegen lassen. Im Bürgerkrieg zwischen Regime und Opposition wird es eine militärische Lösung nicht geben: Dafür sind beide Seiten, Regime und bewaffnete Opposition, zu schwach. Das Regime kontrolliert heute weniger als ein Drittel des Territoriums; die Opposition ist fragmentiert; auch die gesellschaftliche Basis beider Seiten ist kriegsmüde.

Vor diesem Hintergrund bemüht sich der Sondergesandte der Vereinten Nationen für Syrien, Staffan de Mistura, einen innersyrischen Verständigungsprozess auf den Weg zu bringen. Für eine große Friedenskonferenz ist es zu früh. Der Plan sieht stattdessen vor, in Arbeitsgruppen über militärische und humanitäre Fragen, über die Nachkriegsordnung und über die Bildung einer Übergangsautorität aus Vertretern der heutigen Regierung und der Opposition zu sprechen. Diese Gespräche könnten die Vorstufe einer größeren syrischen Nationalkonferenz sein, in der Syrer und Syrerinnen über die Zukunft ihres Landes beraten.

Es ist gut, dass Deutschland und die EU die neue Uno-Initiative unterstützen. Der Weg zu einer politischen Lösung wird allerdings nicht sehr schön sein und auch seinen europäischen Unterstützern gelegentlich schwere politische Bauchschmerzen bereiten.

Syrien braucht einen Waffenstillstand oder eine Serie lokaler Waffenstillstände, um das Töten zu beenden und humanitäre Hilfe zu ermöglichen. Aber Gespräche über die Zukunft des Landes können nicht auf einen Waffenstillstand warten. Vertreter der syrischen Konfliktparteien müssen also beginnen miteinander zu reden, auch wenn noch geschossen wird.

Auch ein Waffenstillstand oder ein Übergangsabkommen zwischen der heutigen Regierung und der Opposition wird Angst und Misstrauen nicht ausräumen. Provokationen und Rückschläge werden kaum ausbleiben. Vieles wird deshalb für eine internationale Peacekeeping-Mission sprechen. Deutschland sollte sich nicht entziehen, wenn die Vereinten Nationen dann

Truppensteller suchen.

Selbst nach einer Einigung zwischen Regime und Opposition wird es in Syrien noch Krieg geben. Es wird dann darum gehen, den IS zurückzudrängen - politisch und militärisch. Beides wird Syrien nicht ohne internationale Hilfe schaffen. Der IS selbst wird kein Teil einer politischen Lösung sein, schon weil er das Zusammenleben mit anderen, die sich seiner totalitären Herrschaft nicht unterordnen, ablehnt.

Mit wem aber wird man reden müssen, um eine politische Lösung zu erreichen? Die unbefriedigende Antwort heißt: zunächst mit allen relevanten internationalen, regionalen und lokalen Akteuren, die bereit sind, Teil dieser Lösung zu werden - unabhängig davon, wie weit sie bislang noch Teil des Problems sind, ihr geopolitisches Süppchen auf dem syrischen Konflikt gekocht oder das Land in den Krieg getrieben haben.

Die Frage der Aufarbeitung von Kriegsverbrechen wird nach einem Ende des Krieges anstehen. Gesprächsverbote und sterile Forderungen wie die, dass Assad "wegmüsse", werden einen politischen Übergangsprozess genauso wenig voranbringen, wie ein Kriegseintritt auf Assads Seite dazu beitragen würde, den IS zurückzudrängen.

Eine Lösung, die auf dem Prinzip der Machtteilung beruht, muss allerdings glaubwürdige Vertreter des Regimes einschließen - Vertreter, denen nicht wir, sondern denen diejenigen, die heute aufseiten Assads kämpfen, vertrauen können. Und wer einen Waffenstillstand will, muss die einbeziehen, die die Waffen kontrollieren.

**Der Autor ist Direktor der Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP). Derzeit unterstützt er den Uno-Sondergesandten für Syrien. [gastautor@handelsblatt.com](mailto:gastautor@handelsblatt.com)**

© Handelsblatt GmbH. Alle Rechte vorbehalten. Zum Erwerb weitergehender Rechte wenden Sie sich bitte an [nutzungsrechte@vhb.de](mailto:nutzungsrechte@vhb.de)